

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen. Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Biemelhauser Straße 18—42. Telefon-Nr. 18 u. 80. Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

An die Arbeiter in der deutschen Kaliindustrie!

Kameraden! Die trüben Aussichten, welche im Kalibergbau, infolge der kolossalen Ausbeutungswut und der unhaltbaren Uebergründung an Werten auch für die Arbeiter vorhanden sind, machen es für die beteiligten Arbeiter nötig, öffentlich ihre Stimme zu erheben. Es ist bekannt, daß die Regierung wohl mit den Werksbesitzern und deren Organisationen interne Konferenzen abhält, um zu beraten, wie man der Misere im Berufe begegnen kann. Aber Arbeiter und deren Organisationsvertreter hört man nicht. Ueber die Arbeiter und deren Interessen geht man am liebsten zur Tagesordnung über. Das bisherige Kaligesetz sollte auch für die Arbeiter einigen Schutz bringen. Aber auch diesen geringen Arbeiterschutz suchen die Werksbesitzer noch zu umgehen, suchen durch Hintertüren den Arbeitern und der Regierung ein Schnippchen zu schlagen. Die Regierung kündigte nun kürzlich im Reichstage ein neues Kaligesetz an. Natürlich will man dabei nur den Schmerzen der Werksbesitzer abhelfen, die Wünsche der Arbeiter möglichst ganz beiseite schieben. Deshalb ist eine gründliche öffentliche Aussprache der Wünsche und Forderungen aller in der deutschen Kaliindustrie beschäftigten Arbeiter unbedingt nötig. Das muß jedoch bald geschehen. Aus diesem Grunde berufen die unterzeichneten Verbände

auf Ostern 1913 einen öffentlichen Kongreß der deutschen Kaliarbeiter.

Dieser Kongreß findet Samstag, den 22., und Sonntag, den 23. März d. J., im Saale Gesellschaftshaus „Posthorn“ in Linden: Hannover, Delfterstraße 64—66, statt. Die Eröffnung erfolgt Samstag, den 22. März, vorm. 8½ Uhr.

Die vorläufige Tagesordnung lautet:

- 1. Die gemeingefährliche Entwicklung des deutschen Kalibergbaues sowie die Maßnahmen der Regierung und der Werksbesitzer. (Referent: Redakteur Otto Gue, Essen.)
- 2. Wie sind bei der bevorstehenden Aenderung des Kaligesetzes die Interessen der Arbeiter zu wahren? (Referent: Bezirksleiter Max Gärtner, Hannover.)

Die unterzeichneten Einberufer ersuchen alle in der Kaliindustrie beschäftigten, kräftig vorwärtsstrebenden Arbeiter, sofort an die Arbeit zu gehen, sich geeignete Delegierte zu wählen.

Die Arbeiter eines jeden Kaliverkes, welches im Betrieb oder beim Abteufen ist, sollen mindestens einen Delegierten entsenden.

Die Anmeldung der Delegierten mit Angabe ihrer vollen Adresse muß spätestens bis zum 12. März bei den unterzeichneten Verbänden oder beim Kameraden Max Gärtner, Hannover, Nikolaistr. 7, Zimmer 24, erfolgen. Bei diesem können auch erforderliche Mandatsformulare bezogen werden. Jeder Delegierte muß schriftlichen Nachweis (Mandat) mitbringen und am Saaleingang abgeben, aus welchem hervorgeht, wo, wann und von welcher Konferenz, bzw. welcher Versammlung er gewählt bzw. entsandt worden ist.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Sitz Bochum) Verband der Fabrikarbeiter (Sitz Hannover) Zentralverband der Maschinisten und Heizer (Sitz Berlin)
J. A.: G. Sachse. J. A.: A. Brey. J. A.: Franz Scheffel.

Die arbeiterfreundliche Presse, welche in den Kaligebieten Verbreitung findet, wird um Abdruck gebeten.

D. D.

Wo bleibt die energische Lohnbewegung?

Schon 1910 setzte die günstige Konjunktur ein, was unseren Verband veranlaßte, im November 1910 mit Forderungen an den Bechenverband heranzutreten, die aber abschlägig beschieden wurden. Die „Christengenerale“ lehnten ein gemeinsames Vorgehen ab und begnügten sich mit einer Bittschrift, erzielten damit aber nur einen Lacherfolg. Wie richtig das Vorgehen unseres Verbandes war, ergibt sich sogar aus dem „Handbuch der christlichen Gewerkschaften, Köln 1905“, worin es in dem Kapitel „Streik“ (Seite 95) heißt:

„Eine große Rolle bei Streiks spielt sodann die Geschäftskonjunktur. Dieselbe muß vor allen Dingen eine gute und im Aufschwung begriffen ist. Das gilt bei größeren Streiks nicht nur von der Geschäftslage am Orte, sondern im allgemeinen.“

Die hier geforderten Voraussetzungen waren schon 1910 vorhanden. So urteilte das Organ des Bergbaulichen Vereins in Essey, der „Glückauf“ vom 7. Januar 1911 über die Geschäftslage:

„Auf dem Ruhrkohlenmarkt hat sich die bereits für den November festgestellte Besserung der allgemeinen Lage auch im Berichtsmontat fortgesetzt. In allen Sorten war der Absatz gut, stellenweise reichlich die verfügbaren Mengen zur vollen Befriedigung der Nachfrage nicht aus.“

Selbst das offizielle Organ der Bechenherren, der „Glückauf“, gesteht hier zu, daß schon im November 1910 die Konjunktur eine sehr gute war und im Dezember die verfügbaren Mengen Kohlen zur vollen Befriedigung der Nachfrage stellenweise nicht mehr ausreichten. Und selbst der Betriebsbericht der preußischen Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1911 urteilt über die Konjunktur:

„Die erfreuliche Besserung des Wirtschaftslebens, welche im Jahre 1910 festzustellen war, hat im Berichtsjahr angehalten.“

Das Unternehmerorgan „Die Industrie“ (Nr. 263 vom 9. November 1912) konstatierte ebenfalls, daß die Konjunktur seit Jahren eine glänzende war, und führte aus:

„Die Wagenmangeldebatte im Abgeordnetenhause hat zweierlei mit unanfechtbarer Sicherheit festgestellt und selbst der Herr Eisenbahnminister hat das nicht in Abrede stellen können: daß seit Jahren schon eine glänzende Konjunktur in unserem Wirtschaftsleben vorhanden ist, die sehr hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit unserer Industrie stellt, und daß fernerhin seit Jahren schon nicht genügend Wagen gebaut werden.“

Besser kann die Taktik unseres Verbandes nicht gerechtfertigt, die der Christengenerale aber beurteilt werden, als durch diese Urteile unserer Gegner. Unser Verband hat danach die Konjunktur richtig beurteilt, ist zur richtigen Zeit mit For-

derungen an den Bechenverband heranzutreten. Die Christengenerale aber fielen unserem Verband in den Rücken, behaupteten, die Konjunktur sei ungünstig, die Kohlenvorräte zu groß, eine Lohnbewegung könne darum nicht eingeleitet werden. Die Lohnbewegung sei von unserem Verbands auch nur eingeleitet worden aus politischen Gründen, um die Wahlgeschäfte der Sozialdemokratie zu besorgen.

Das Christenmärchen, die Konjunktur sei zu ungünstig gewesen, ist durch die vorstehenden Urteile schon hinreichend abgetan. Auf ebenso tönerne Füßen steht der Einwand von den großen Kohlenvorräten. Die Kohlenvorräte werden immer da sein, besonders nach einer Krise, wenn die Konjunktur im Aufschwung begriffen und die Zeit zu einer Lohnbewegung nach dem „christlichen“ Handbuch am günstigsten ist. Die Kohlenvorräte werden sich aber auch während der Hochkonjunktur kaum verringern, sie bilden ja den Kampffonds der Bechenherren. Auch jetzt sind die Bestände noch bedeutend höher wie im Vorjahr. Darüber berichtet die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ (Nr. 29 vom 4. Februar 1913):

„Im 4. Vierteljahr 1912, in das ein Bestand von 369 038 Tonnen (i. B. 756 677) Kohlen übernommen wurde, betrug die Förderung auf den zum Oberbergamtsbezirk Dortmund gehörigen Bechen 25 845 696 Tonnen (i. B. 23 217 527). Der Absatz und Selbstverbrauch beliefen sich auf 25 669 365 Tonnen (23 482 160), so daß am Schluß des Jahres ein Bestand von 545 369 Tonnen (492 090) verblieb. Im Betrieb waren 165 (161) Werke. Die Förderung hat gegen die gleiche Vorjahrszeit um 11,32 (2,66) Prozent, die Arbeiterzahl um 7,09 (3,84) Prozent zugenommen.“

Die Förderung ist danach gegen das Vorjahr um 11,32 Prozent gestiegen, trotzdem beträgt der Bestand noch 545 369 Tonnen und ist um 53 279 Tonnen höher wie im Vorjahr, wo er nur 492 090 Tonnen betrug. Trotz der glänzenden Konjunktur hat sich also der Kampffonds der Bechenherren (d. h. die Kohlenvorräte) nicht verringert, sondern erhöht. Wenn die Vergleiche danach warten wollen bis die Kohlenvorräte erschöpft sind, kommt es überhaupt nicht mehr zu einer Lohnbewegung.

Im Jahre 1911 besserte sich die Konjunktur weiter. Um aber dem Einwand, die Lohnbewegung sei nur aus politischen Gründen eingeleitet worden, zu begegnen, verschob unser Verband dieselbe bis nach den Reichstagswahlen. Aber auch da versuchten die Christengenerale die Lohnbewegung noch zu verschleppen und als das nicht mehr ging, wurde mit Hilfe eines Polizeispitzels die Mitteilung in die werksfreundliche Presse lanciert, die Bechenherren hätten Lohnerhöhungen in Aussicht genommen. Diese Mitteilung, welche am 2. Februar 1912 durch die Presse ging, wurde schon am 3. Februar vom Bergbaulichen Verein bestritten; trotzdem hielten die Christengenerale daran fest und erklärten, es müsse nun abgewartet werden, wie weit die Bechenherren den Arbeitern entgegenkommen würden. Obwohl der Bergbauliche Verein schon am 3. Februar in der bündigsten Form erklärt hatte, es seien keine Lohnerhöhungen in Aussicht genommen, die dahingehende Pressemeldung sei falsch, schrieb der „Bergknappe“ noch am 17. Februar 1912:

„Wenn aber klargekelt ist, wie weit die Werksverwaltungen den Arbeitern entgegenkommen und feststeht, daß dieses Entgegenkommen ungenügend ist, so ist eine energische Lohnbewegung am Platze.“

Ein Jahr ist seitdem verfloßen, die Bechenherren haben märchenhafte Gewinne eingeheimst, eine entsprechende Lohnerhöhung ist aber nicht eingetreten, das muß nun auch der „Bergknappe“ zugestehen. In seiner Ausgabe vom 11. Januar 1913 schreibt der „Bergknappe“:

„Trotzdem können aber die Lohnerhältnisse nicht als zufriedenstellende bezeichnet werden. Zunächst gibt es noch eine Anzahl von Bergarbeitern, die den Durchschnittslohn nicht verdienen. Dann sind aber auch die Lohnerhöhungen durch die Verteuerung der Lebenshaltung mehr als ausgeglichen worden. Im Hinblick auf die gewaltig gestiegenen Gewinne der Bergwerksbesitzer hätte sodann auch besonders die Steigerung der Löhne im Ruhrgebiet noch besser sein können.“

„Die Löhne im Ruhrgebiet könnten im Hinblick auf die gewaltig gestiegenen Gewinne noch besser sein“, schreibt der „Bergknappe“. Sie wären besser, wenn die Christengenerale nicht zum Streikbruch kommandiert hätten, als der Zeitpunkt, den Bechenherren Zugeständnisse abzurufen, günstiger war, wie je zuvor. Trotzdem besitzt der „Bergknappe“ auch jetzt noch die Stirn, zu behaupten, den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhungen seien hauptsächlich deshalb nicht eingetreten, weil unser Verband zu ungünstiger Zeit in den Streik getreten sei. Eine abgrundtiefer Verlogenheit und Frechheit läßt sich kaum noch denken.

Wo aber bleibt jetzt die für den Fall, daß keine den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung eintritt, in Aussicht gestellte „energische Lohnbewegung“? Noch ist die Konjunktur glänzend! So schreibt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Nr. 154 vom 6. Februar) über die Lage auf dem rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt:

„Ende Dezember v. J. teilte das Kohlenyndikat den Bechenverwaltungen durch Einschreibebrief mit, daß mit Wirkung vom 1. Januar d. J. ab eine Erhöhung der Beteiligungsziffer in Kohlen um 5 Prozent, also auf 105 Prozent beschlossen worden sei, eine Maßnahme, die so ziemlich einer schon länger erwarteten, aber gewisser Widerstände wegen noch hinausgeschobenen Freigabe der Kohlenförderung gleichkam. Das Kohlenyndikat rechnet also demnach mit einem Mehrabsatz von etwa 4 Millionen Tonnen, auf das Jahr berechnet. Von diesem Beschluß werden natürlich diejenigen Bechen den größten Vorteil haben, die ihre ganzen Grubenverhältnisse bisher schon auf eine höhere Förderung, als zurzeit ihre Beteiligungsziffer beträgt, zugeschnitten haben, während es wiederum anderen Bechen doch recht schwer fallen wird, ohne Vernachlässigung der Vorrichtungsarbeiten in der Grube ihre Förderung der beschlossenen Höhe anzupassen. Denjenigen Bechen, die nach Ablauf von 6 Monaten — der üblichen Frist — den Nachweis erbringen, daß sie in der Lage sind, allmonatlich die in obigen Rahmen beschlossene Förderziffer auch tatsächlich zu leisten, winkt als Siegespalme eine Erhöhung ihrer Beteiligungsziffer. Es wird also ein großes Wettlaufen stattfinden und mit allen zu Gebote stehenden Hilfsmitteln dahin gestrebt werden, um in den dauernden Gewinn

Kreuzend. Als im März 1912 die Eingabe der fünf Verbände an den Berg- und Hüttenmännischen Verein begründet werden sollte, standen die Voten ohne jedes Beweismaterial da und die "Mißbräue" der "größten" Bergarbeiterorganisation in Ober-

Das Interessanteste bei der Verhandlung ist jedoch die Haltung der "glorreichen" Zentrumspartei. Die Zentrumsgrup- klappe Ymbusch spricht für die Petition, der Zentrumstag und Präsident des Katholikentages in Aachen protestiert gegen dieselbe, erklärt sich grundsätzlich gegen den gefestigten Nicht-

Der deutsche Arbeiterschutz i. J. 1911.

Die Aufsichtsbeamten haben im Jahre 1911 insgesamt 262 756 Revisionen (gegenüber 288 680 im Vorjahre) ausgeführt, wovon 50 381 von den Vergaauaufsichtsbeamten vorgenommen wurden. Von den Revisionen entfielen 3785 (1,3 Prozent) auf die Nachzeit und 6452 (2,3 Prozent) auf Sonn- und Festtage.

Für 13 Betriebsarten sind zum Schutze der Arbeiter besondere sanitäre Bestimmungen erlassen worden. In diesen 13 Betriebsgruppen sind 145 508 Betriebe mit 345 215 Arbeitern der Gewerbeaufsicht unterstellt, so daß im Durchschnitt auf jeden Betrieb nur 2,3 Arbeiter kommen. Es handelt sich also fast nur um Kleinbetriebe, und da Kleinbetriebe von der Gewerbeaufsicht nur ganz nebenbei revidiert werden, so kann es nicht wunder-

Von diesen Betrieben gehören mehr als 40 Prozent den Bäckern und Konditorbetrieben an, deren Unternehmer sich vielfach noch bis in die Gegenwart einer geradezu offensichtlichen Widerstandsfähigkeit gegen die Bundesratsverordnung befleißigen. Von diesen Betrieben mit 101 703 Arbeitern wurden immerhin 15 850 (26,8 Prozent) mit 26 396 Arbeitern (26,9 Prozent) revidiert. Dann folgen die Gast- und Schankwirtschaften mit 52 975 Betrieben und 156 023 Arbeitern, von denen nur 2309 Betriebe (4,3 Prozent) mit 13 200 Arbeitern (8,4 Prozent) besucht wurden.

für diese Aufgaben nicht ausreicht, so sollte sie vermehrt werden, wozu besonders die Anstellung von Assistenten aus Arbeiter-

Die Statistik der Jugendschuldvergehen ergibt einen Abgang der Fälle und der Anlagen, in denen solche Fälle festgestellt wurden, gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Fälle von Jugendschuldvergehen sank von 24 110 auf 22 044, davon die leichteren Verstöße gegen Vorschriften sehr formaler Natur von 19 007 auf 18 138, die schwereren Vergehen gegen materielle Schutvorschriften aber von 4913 auf 4808.

Wenden wir die verschiedenen Vergehen, so haben von den leichteren Verstößen diejenigen gegen Vorschriften über Anzeigen, Ausbänge und Vergeltung abgenommen (von 14 228 auf 11 238), dagegen diejenigen gegen Vorschriften über Arbeits-

Leider besteht auf dem Gebiete der Arbeiterschutzüber- tretungen bei den Behörden und Gerichten ein ganz offenkundiges Mißverhältnis zwischen Vergehen und Strafen, sowohl was die Zahl, als auch die Höhe der Bestrafungen anlangt. Wenn von 16 601 Betrieben, in denen Jugendschuldvergehen entdeckt wurden, nur 1782 Personen, also 10,7 Prozent bestraft werden und 89,3 Prozent aller Übertreter strafflos bleiben, so wirkt das eher aufreizend zu weiteren Übertretungen, als abschreckend vor-

Die Statistik der Arbeiterinnenschuldvergehen bietet das gleiche Bild, wie diejenige der Jugendschuldüber- tretungen. Die Gesamtzahl der Fälle und Anlagen, in denen solche ermittelt wurden, ist kleiner geworden, aber einzelne Arten solcher Vergehen haben sich erheblich vermehrt. Im ganzen wurden 14 125 Arbeiterinnenschuldvergehen (1910: 15 092) in 10 718 Betrieben (im Vorjahr 13 609) festgestellt, wovon 8120 leichtere Verstöße gegen Vorschriften über Anzeigen und Aus-

Auch hinsichtlich der Abminderung der Arbeiterinnenschuldvergehen weicht das Bild nur wenig von dem vorigen des Jugendschuldes ab. Von 10 718 Betrieben, in denen solche Vergehen ermittelt wurden, sind nur 1007, also 9,4 Prozent (gegen 6,8 Prozent im Jahre 1910) zur Bestrafung gekommen. Die gleiche Mißde kommt auch in der geringen Höhe der Strafen zum Ausdruck. Stets wurden nur Geldstrafen verhängt und fast immer derart, daß sie kein Äquivalent für den unrechtmäßig erpressten Vorteil bildeten und noch viel weniger von weiteren Gesetzesübertretungen abschreckten.

Keinmal liegt die Berechnungen des Kaiserlich Statistischen Amt über die Preise der wichtigsten Agrarprodukte nach dem Jahres-

Volkswirtschaftliche Rundschau. Bahnsinnige Preissteigerung.

Keinmal liegt die Berechnungen des Kaiserlich Statistischen Amt über die Preise der wichtigsten Agrarprodukte nach dem Jahres-

famwerden der höheren Preise plastisch hervor. Es mag dabei betont werden, daß in dem Durchschnitt 1902/07 sogar noch das erste Jahr mit den heraufgehenden Preisen enthalten ist. Die eingestellten Preise gelten immer für dieselbe Ware nach den Notierungen an denselben Börsen. Es folgten darnach ein Doppelgänger (in Markt):

Table with 6 columns: Name of commodity, 1902, 1907, 1900, 1907/12, 1902/07. Rows include Roggen, Weizen, Hafer, Mais, Gerste (Brau-), Gerste (Futter-), etc.

Da zeigen sich die unheimlichen Wirkungen des vielfegrienen "Schuges der nationalen Arbeit". Eine verheerende Teuerung ist kein Meiseltat. Die Kostschraube hob das gesamte Preisniveau. Nur der Preis für Zucker ist im Durchschnitt der letzten Jahre gesunken.

Table with 3 columns: 1900, Getreide 140,5, Fleisch 140,4; 1911, " 187,7, " 160,4; 1912, " 187,1, " 160,5; Durchschnitt 1902/07, " 127,3, " 134,1; 1907/12, " 178,7, " 150,3

Diese Tabelle umfaßt alle Getreide- und Fleischsorten und zeigt die ermittelten Durchschnittspreise. Im letzten Jahre war also im Vergleich mit 1905 teurer: Getreide um 25 Prozent, Fleisch um 18 Prozent.

Soziale Rechtprechung und Arbeiter-versicherung.

Das Reichsgericht über die Zulässigkeit des Streiks.

Es ist im allgemeinen ziemlich unbeachtet geblieben und wird mitunter sogar von oberen Gerichten verkannt, daß nach der maßgebenden Ansicht des Reichsgerichts Streik und Sperrre oder Boykott in rechtlicher Hinsicht zwei ganz verschiedene Dinge sind. In einer vor kurzem ergangenen Entscheidung spricht das Reichsgericht (ent-

Die den Ausführungen des Kammergerichts zugrunde gelegte Untercheidung zwischen einem unerlaubten und einem nach § 152 der Gewerbeordnung erlaubten Streik findet in der Rechtprechung keine Stütze. Die vom Kammergericht in Bezug genommenen Ent-

Nachrichten aus der Montanindustrie. Oesterreichische Kohlenproduktion.

Table with 4 columns: Year, Steinkohle, Braunkohle, Zusammen. Rows for years 1912, 1911, 1910, 1909, 1908, 1907, 1906, 1905, 1904, 1900, 1890.

Das Jahr 1912 stellt, wie aus diesen Ziffern ersichtlich, ein Rekordjahr dar. Gegen das Vorjahr ergibt sich ein Mehr von rund 1,2 Mill. Tonnen Steinkohle und von rund 1,2 Mill. T. Braunkohle. Seit dem Jahre 1890 ist die Steinkohlenförderung um das Doppelte, von 8,9 auf 15,6 Mill. T., und die Braunkohlenförderung von 15,3 auf 26,5 Mill. Tonnen gestiegen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Anton Erleien - Retter der "Christlichen".

Ob Zufall oder Fronie: Anton Erleien obdort sein bisher gewerklichliches Renommee ganz, um den "christlichen" Komödianten bei der Sozialbewegung als Retter beizuspringen, und während die Christengemeinde den Anton schimpfend als einzigen Kronzeugen

vorführen, werden sie heimlich gelacht und gedacht haben: „Anton, für eine gewerkschaftliche Leuchte haben wir dich war nie gehalten, aber für so bodenlos dumme Haltungen wir dich doch nicht angesehen!“

„Es gehört zur gewerkschaftlichen Schulung, daß die Massen in so kritischen Augenblicken nicht aus der Hand gehen, und das ist den Christen gelungen, nebenbei gesagt, zum allerersten Mal im deutschen Steinkohlenbergbau.“

„Gegen diese Darlegungen kann jedenfalls, vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, nichts entgegengesetzt werden.“

Das Schneidergewerbe im Jahre 1912.

Zum Jahre 1912 fanden im Schneidergewerbe 226 Lohnbewegungen an 288 Orten statt, an denen 8488 Betriebe mit 81 577 beschäftigten Personen beteiligt waren.

Christentum und Sozialdemokratie. Freimütige Geständnisse eines katholischen Geistlichen.

Wir lesen in der „Münchener Post“: In einer vom Sozialdemokratischen Verein Freiburg in Neussitt einberufenen, sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung wurde am 26. Januar über das Thema: „Die Notwendigkeit der politischen Organisation“ verhandelt.

Internationale Rundschau.

Wirkungen des Krieges auf das Wirtschaftsleben und die Gewerkschaften.

Die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlichte einen interessanten Bericht von G. Dimitroff, Sekretär der Gewerkschaften Bulgariens, über die Wirkungen des Krieges auf das Wirtschaftsleben und die Gewerkschaften.

Zu meinem großen Bedauern kann ich wegen der strengen Zensur, die sich auch auf die Privatkorrespondenz erstreckt, meinen ausländischen Lesern nicht mit jenen Daten teilen, die notwendig wären, um sich ein vollkommen klares Bild über die Lage zu machen.

Aus dem September wurde die Mobilisierung aller bewaffneten Kräfte in unserem Lande angeordnet, und am 18. Oktober begannen die kaiserlichen Operationen gegen die Türken.

Zu dem verschiedenen Städten wurden die Arbeiterkolonnen in den Werkstätten für Militärbehörden, für Magazine, in Lazaretten für Verwundete umgewandelt.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde auch im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über die Presse, sowie auch über die Privatkorrespondenz angeordnet.

Unter solchen Umständen ist jede Tätigkeit unserer Organisation suspendiert, da es ihnen unmöglich geworden ist, ihren Aufgaben zu entsprechen.

Den bulgarischen Gewerkschaften fällt die Aufgabe zu, die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu unterstützen, insbesondere in der Vermögensverluste während der Kriegszeit.

Die Gewerkschaften sind daher gezwungen, jene ihre Mitglieder und deren zahlreiche Familien selbst zu unterstützen, wenn die Gemeinde eine Unterstützung verweigert.

Mag der gegenwärtige Krieg mit weicht immer für einem Ende resultiert enden, jedoch ist sicher, daß die Arbeiterbewegung in Bulgarien eine außerordentlich große Erschütterung erleben und große Opfer bringen muß.

Knappschäftliches.

Knappschäftswahlen in Hessen.

Im gewöhnlichen Leben wird ein Wahlakt, er es notwendig sein zu einer oft ganz gleichgültigen Sache, von der in Frage kommenden Korporation frühzeitig bekannt gegeben.

„Obwohl wir Sie als gänzlich Unberechtigten nicht für berechtigt halten, gegen die Wahl der Knappschäftskassen auf Grube Abendstern bei Willingen Beschwerde zu erheben, haben wir Ihre Eingabe vom 7. d. M. aus dienlichen Gründen verfolgt und dabei folgendes festgestellt.“

am 12. Dezember 1912 stattgefunden. Die erste Wahl ist von dem Vorstand der Knappschäftskassen der hiesigen Grube Abendstern in Willingen, der sich an dem Tag der Wahl nicht beteiligen konnte, im Namen der Knappschäftskassen bestätigt worden.

Gegenüber dem Vorstand der hiesigen Knappschäftskassen hat die hiesige Knappschäftskasse die Wahl der Knappschäftskassen bestätigt und hat die Wahl der Knappschäftskassen bestätigt.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde auch im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über die Presse, sowie auch über die Privatkorrespondenz angeordnet.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde auch im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über die Presse, sowie auch über die Privatkorrespondenz angeordnet.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde auch im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über die Presse, sowie auch über die Privatkorrespondenz angeordnet.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde auch im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über die Presse, sowie auch über die Privatkorrespondenz angeordnet.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde auch im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über die Presse, sowie auch über die Privatkorrespondenz angeordnet.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde auch im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über die Presse, sowie auch über die Privatkorrespondenz angeordnet.

Zugleich mit dem Mobilisierungsbefehl wurde auch im ganzen Lande der Belagerungszustand und die strengste Zensur über die Presse, sowie auch über die Privatkorrespondenz angeordnet.

Provinz Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Grube Eitorf bei Triebel. Das Verhalten der Beamten der Arbeiter gegenüber wird hier immer schroffer, der Buchhalter W. läßt sich sogar zu tätlichen Übergriffen hinreichend.

Saargebiet und Rheinstände.

Grube Frankenthal. Ein schlagfertiger Obersteiger amtiert hier in der Person eines Herrn Müller; er glaubt, er befindet sich in einer „Erziehungsanstalt“ anstatt auf einer Grube.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Wer leistet wirkliche Gewerkschaftsarbeit?

Selbstverständlich „nur“ der päpstlich gebildete Gewerkschaftsleiter, doch scheinen das die Bergleute immer noch nicht begreifen zu wollen.

Der Gewerkschein wurde zu dem alleinigen Zweck gegründet, unseren Verband zu bekämpfen, die Bergarbeiter in zwei feindliche Lager zu trennen und dadurch die Machtposition der Grubenbesitzer zu stärken.

Wahrer Weiber bezeichnet die Verbandskammeraden, die Arbeiterbrüder und Leidensgenossen der „christlichen“ Bergarbeiter als deren Feinde, gegen die der Kampf geführt werden möchte — zum Nutzen der Kohlenbarone.

August Brust erklärte, daß er wüßte, die Verbandsführer seien ehrliche Leute, sie zu verleumben sei sein Geschäft.

Die „christlichen“ Knappschaftskassen stimmten 1899 für ein verfehltes Knappschaftstatut, trotzdem ihre beiden Verbandskassen Kampfe und Weider bringen davor warnten und der „Bergknapp“ einige Jahre später eingesehen mußte, daß Krampe durchaus recht gehandelt habe.

Auf der Konferenz am 12. Januar 1905 bel van de Roo-Essen sprachen die „Christenführer“ mit aller Schärfe gegen den Streik.

Auf der Konferenz am 10. Januar 1905 bel van de Roo-Essen, als 108 000 Knappen im Kampf standen, rief Effert trotz der „christlichen“ Warnung: Die Grubenproben wollen den Kampf!

Während dem Streik schleppten die „christlichen“ Vertrauensmänner hunderttausende Mark von unserer Verbandskassen, Gelder, gespendet von den sozialdemokratischen Arbeitern, und nach dem Streik verleumbeten die Burschen unseren Vorstand und den sozialdemokratischen Parteivorstand in der gemeinsten Weise.

Bei der Reichstagswahl 1907 wurden von der Bahnhofs-Dubweiler des „christlichen“ Gewerkschaftsführer, und Begehler gezahlt zum Zweck der nationalliberalen Saalbauversammlung in Saarbrücken am 8. Februar.

Seine Nehe war schon vorher auf Kosten des Gewerkschaftsvereins im „Schiefstein“ gedruckt und wurde auf weitere Gewerkschaftskosten verteilt.

Gutsche reiste mit dem Schwiegerohn des Königs v. Stumm, Herrn Generalkonzeptionsrat v. Schubert, von Ort zu Ort und trat für die Wahl dieses Ergreaktionsleiters ein.

Hüster sammelte 1908 unter einer Petition zum preußischen Landtag 36 000 Unterschriften und erklärte dann in einer Versammlung jeden Saarbergmann für unheilbar verrückt, reif für Merzig, der noch glaube, der preußische Landtag erfülle Bergarbeiterwünsche.

Reim Streit auf Grube Merlenbach versprachen die „christlichen“ Führer Hüster, Gutsche, Karius und Effert, der Gewerkschaftsverein werde seine streitenden Mitglieder aus der Hauptkassse unterstützen, aber als es ans Auszahlen ging, verweigerte der Zentralvorstand jede Unterstützung aus der Hauptkassse.

Bei Beratung und Aenderung der jetzigen Satzungen im Vochumer Knappschaftsverein stimmten die „christlichen“ Vorstände ihre Anträge nieder!

Während der Knappschaftskassenwahl 1910 erklärte Heinrich Ambusch in Freisenbruch: „Kameraden, ich wäre ein Dumme, wenn ich einen Brief (Heinrichsbrief) veröffentlichte, von dem ich nicht gewußt hätte, daß er echt wäre!“

Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung stimmten die „Christenführer“ unsere Anträge nieder, die Wurmkrankheit und das Augenstimmeln als Berufskrankheiten anzuerkennen und diese Kranken als Unfallinvaliden zu entschädigen.

Als 1911 unser Vorstand alle Bergarbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Vorhaben einlud und auf der gemeinsamen Konferenz am 12. Oktober in Oberhausen vorschlug, gemeinschaftliche Lohnforderungen einzureichen, lehnten die „Christenführer“ das ab und verteilten den Grubenbesitzern absichtlich noch das Vorhaben der anderen Verbände, damit diese sich auf einen Kampf rüsten sollten.

Vor der Reichstagswahl 1912 kamen, wie Kaplan Schöpen mitteilte, die „Christenführer“ mit dem rheinisch-westfälischen Großindustriellen in geheimen Konferenzen zusammen und verpflichteten sich, ihren urteilslosen, geizharnen, bemitleidenswerten Anhang für die Scharfmacher und Arbeiterfeinde als die Wahlsurne zu treiben, jeden Streik zu brechen.

Als 1911 unser Vorstand alle Bergarbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Vorhaben einlud und auf der gemeinsamen Konferenz am 12. Oktober in Oberhausen vorschlug, gemeinschaftliche Lohnforderungen einzureichen, lehnten die „Christenführer“ das ab und verteilten den Grubenbesitzern absichtlich noch das Vorhaben der anderen Verbände, damit diese sich auf einen Kampf rüsten sollten.

Vor der Reichstagswahl 1912 kamen, wie Kaplan Schöpen mitteilte, die „Christenführer“ mit dem rheinisch-westfälischen Großindustriellen in geheimen Konferenzen zusammen und verpflichteten sich, ihren urteilslosen, geizharnen, bemitleidenswerten Anhang für die Scharfmacher und Arbeiterfeinde als die Wahlsurne zu treiben, jeden Streik zu brechen.

Als 1911 unser Vorstand alle Bergarbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Vorhaben einlud und auf der gemeinsamen Konferenz am 12. Oktober in Oberhausen vorschlug, gemeinschaftliche Lohnforderungen einzureichen, lehnten die „Christenführer“ das ab und verteilten den Grubenbesitzern absichtlich noch das Vorhaben der anderen Verbände, damit diese sich auf einen Kampf rüsten sollten.

Vor der Reichstagswahl 1912 kamen, wie Kaplan Schöpen mitteilte, die „Christenführer“ mit dem rheinisch-westfälischen Großindustriellen in geheimen Konferenzen zusammen und verpflichteten sich, ihren urteilslosen, geizharnen, bemitleidenswerten Anhang für die Scharfmacher und Arbeiterfeinde als die Wahlsurne zu treiben, jeden Streik zu brechen.

Als 1911 unser Vorstand alle Bergarbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Vorhaben einlud und auf der gemeinsamen Konferenz am 12. Oktober in Oberhausen vorschlug, gemeinschaftliche Lohnforderungen einzureichen, lehnten die „Christenführer“ das ab und verteilten den Grubenbesitzern absichtlich noch das Vorhaben der anderen Verbände, damit diese sich auf einen Kampf rüsten sollten.

Vor der Reichstagswahl 1912 kamen, wie Kaplan Schöpen mitteilte, die „Christenführer“ mit dem rheinisch-westfälischen Großindustriellen in geheimen Konferenzen zusammen und verpflichteten sich, ihren urteilslosen, geizharnen, bemitleidenswerten Anhang für die Scharfmacher und Arbeiterfeinde als die Wahlsurne zu treiben, jeden Streik zu brechen.

Als 1911 unser Vorstand alle Bergarbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Vorhaben einlud und auf der gemeinsamen Konferenz am 12. Oktober in Oberhausen vorschlug, gemeinschaftliche Lohnforderungen einzureichen, lehnten die „Christenführer“ das ab und verteilten den Grubenbesitzern absichtlich noch das Vorhaben der anderen Verbände, damit diese sich auf einen Kampf rüsten sollten.

Vor der Reichstagswahl 1912 kamen, wie Kaplan Schöpen mitteilte, die „Christenführer“ mit dem rheinisch-westfälischen Großindustriellen in geheimen Konferenzen zusammen und verpflichteten sich, ihren urteilslosen, geizharnen, bemitleidenswerten Anhang für die Scharfmacher und Arbeiterfeinde als die Wahlsurne zu treiben, jeden Streik zu brechen.

Als 1911 unser Vorstand alle Bergarbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Vorhaben einlud und auf der gemeinsamen Konferenz am 12. Oktober in Oberhausen vorschlug, gemeinschaftliche Lohnforderungen einzureichen, lehnten die „Christenführer“ das ab und verteilten den Grubenbesitzern absichtlich noch das Vorhaben der anderen Verbände, damit diese sich auf einen Kampf rüsten sollten.

Vor der Reichstagswahl 1912 kamen, wie Kaplan Schöpen mitteilte, die „Christenführer“ mit dem rheinisch-westfälischen Großindustriellen in geheimen Konferenzen zusammen und verpflichteten sich, ihren urteilslosen, geizharnen, bemitleidenswerten Anhang für die Scharfmacher und Arbeiterfeinde als die Wahlsurne zu treiben, jeden Streik zu brechen.

Als 1911 unser Vorstand alle Bergarbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Vorhaben einlud und auf der gemeinsamen Konferenz am 12. Oktober in Oberhausen vorschlug, gemeinschaftliche Lohnforderungen einzureichen, lehnten die „Christenführer“ das ab und verteilten den Grubenbesitzern absichtlich noch das Vorhaben der anderen Verbände, damit diese sich auf einen Kampf rüsten sollten.

Vor der Reichstagswahl 1912 kamen, wie Kaplan Schöpen mitteilte, die „Christenführer“ mit dem rheinisch-westfälischen Großindustriellen in geheimen Konferenzen zusammen und verpflichteten sich, ihren urteilslosen, geizharnen, bemitleidenswerten Anhang für die Scharfmacher und Arbeiterfeinde als die Wahlsurne zu treiben, jeden Streik zu brechen.

Nach dem Streik demagogierten sie Hunderte Kameraden und deren Frauen bei der Polizei über den Gerichten, verhassten Hunderten armer Bergarbeiter und deren Frauen unschuldig zu Gefängnisstrafen.

Am 15. Dezember 1912 versprachen die „Christenführer“ den Saarbergleuten, der Gewerkschaftsverein werde 2 Millionen, der Gesamtverband „christlicher“ Gewerkschaften 7 Millionen für den Kampf der Saarbergleute hergeben, und am 29. Dezember sagte Steger: „Die Ruhrbergleute bebanten sich dafür, daß ihr Geld im Saargebiet verpulvert wird.“

Am 15. Dezember versprachen die „Christenführer“, daß die Saarbergleute rechtmäßig kündigten, indem sie die Arbeiterausschüsse mit der Kündigung betrauten, obgleich sie wußten, daß diese nicht kündigen konnten.

Trotzdem bei der Komödie im Saargebiet nicht ein Deut gewonnen wurde, die „Röhne“ noch während der „Bewegung“ um 7 Pfennig gefallen sind, lägen die „Christenführer“ ihrem bemitleidenswerten Anhang noch einen „großen“ Erfolg vor.

Damit wollen wir die Aufzählung der „wirklichen“ Gewerkschaftsarbeit“ für heute schließen, sind jedoch bereit, dem „Bergknappen“ noch mehr solcher grandiosen Gewerkschaftstaten aufzuzählen.

In eigener Sache.

Der „Gornit Polski“, die polnische Ausgabe des „Bergknappen“, schreibt in seiner Nummer 6 vom 8. Februar 1913:

„Als der Kollege Kowalski die Sozialisten hat, sie möchten doch mit den Berliner Facharbeitern sich verbinden und die Lohnbewegung in geschlossenen Bahnen weiter führen, da erklärte der Sozialist Witt, daß der sozialistische „Vorwärts“ der Bergarbeiter an der Fortführung der Lohnbewegung kein Interesse mehr habe.“

Dem „Gornit Polski“ muß wohl das Gehirn verfroren sein, obgleich der Winter bisher garmüßig so sehr streng war. Wenn er aber den Verstand noch nicht völlig verloren hat, möchte ich ihn sehr bitten, mir nicht solchen Blödsinn in den Mund zu legen.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ aus guter Quelle hört, soll die Zeche Eiberg, welche seit 1904 im Besitz der Zeche Erad in Gerten sich befindet, zu einer neuen Zeche umgewandelt werden.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

Die Zeche Eiberg wird als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet, die Zeche Erad als Zeche Dorffeld bezeichnet.

früchte nicht reifen, dagegen den kaum durch „Auslegung“ auf dem Effener Delegiertentag (25. November 1912) begrabenen Gewerkschaftsstreik wieder aufleben lassen.

Wir haben schon oft die Worte Bismarcks zitiert, welcher das Zentrum die Partei der Verlorenen Salunken nannte, mit der er keine Politik machen wollte, und ebenso den Auspruch des liberalen Rebellens und Abgeordneten Dr. Sigl vom „Bayer. Vaterland“: „Sie die Zentrumsklätter“ lägen wie die Teufel und Schwindeln aus Brinn.“

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

Die für die Noten leider überaus glänzende verlassene Versammlung am 19. 1. näbtigte die Bahnhofschristlicher Bergarbeiter zu einer Wegewersammlung am letzten Sonntag.

